

CDU-Fraktion | SPD-Fraktion
Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler

Stadt Eschweiler
Herrn Bürgermeister Nowicki
über E-Mail an ratsbuero@eschweiler.de

Eschweiler, den 02. Februar 2026

Maßnahmen gegen Antisemitismus in Eschweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nowicki,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Eschweiler beantragen für die Ratssitzung am 03.02.2026 die Erweiterung der Tagesordnung wegen äußerster Dringlichkeit nach § 10 Abs. 5 der geltenden Geschäftsordnung des Rates um einen Tagesordnungspunkt: „Maßnahmen gegen Antisemitismus in Eschweiler“. Für diesen Tagesordnungspunkt wird folgender Beschlussvorschlag beantragt:

1. Der Rat der Stadt Eschweiler erinnert anlässlich des Gedenktages an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar an die Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes und gedenkt der Millionen Opfer von Holocaust, Verfolgung und Entrechtung. Aus dieser historischen Verantwortung erwächst für Gegenwart und Zukunft ein klarer Auftrag: Antisemitismus darf in Eschweiler keinen Platz haben.
2. Der Rat der Stadt Eschweiler stellt fest, dass antisemitische Einstellungen, Sprache und Handlungen – gleich welcher Herkunft, Motivation oder Erscheinungsform – den Grundwerten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen und das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt gefährden.
3. Der Rat der Stadt Eschweiler
 - verurteilt Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen mit Nachdruck und ohne jede Relativierung,
 - bekennt sich zu einer lebendigen Erinnerungskultur und zur historischen Verantwortung Deutschlands,
 - setzt sich für eine Stadtgesellschaft ein, in der Jüdinnen und Juden sicher, frei und ohne Angst vor Diskriminierung leben können,
 - weist jede Form von Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit, diskriminierender Sprache, Hass, Hetze und persönlicher oder politischer Feindlichkeit in der Stadtgesellschaft sowie im Rat und in seinen Gremien konsequent und entschieden zurück,
 - tritt jeder Form von Ausgrenzung, Bedrohung und Einschüchterung – ob auf der Straße, im Netz oder in politischen Debatten – aktiv entgegen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt die Einstellung eines Budgets von 500,- € in den Haushalt 2026 für Maßnahmen gegen Antisemitismus in Eschweiler, z.B. für Projekte an Schulen, zu prüfen.

Begründung

Der Rat der Stadt Eschweiler steht in der Verantwortung, auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und öffentliche Diskurse zu reagieren, wenn diese Grundwerte unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung berühren oder in Frage stellen. Antisemitismus – unabhängig von seiner konkreten Erscheinungsform – richtet sich unmittelbar gegen die Menschenwürde, gegen das historische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und gegen die Grundlagen eines friedlichen kommunalen Zusammenlebens.

Ein Aufschub der Befassung bis zu einer späteren Sitzung würde dem besonderen zeitlichen Zusammenhang mit dem Gedenktag am 27. Januar sowie der aktuellen gesellschaftlichen Lage nicht gerecht werden. Die Befassung duldet daher keinen Aufschub und stellt eine Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit im Sinne des § 10 Abs. 5 der Geschäftsordnung dar.

Der Antrag stellt den unmittelbaren Bezug zur Geschichte Eschweilers her, indem er an die konkret hier verfolgten, beraubten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger erinnert. Um 1930 lebten mehr als hundert Jüdinnen und Juden in Eschweiler – bekannte Familien, die mit ihren Geschäften, Handwerksbetrieben und ihrem Engagement selbstverständlicher Teil des städtischen Lebens waren. Ihre Läden am Markt, an der Grabenstraße, der Marienstraße, in Röthgen oder an der Uferstraße prägten den Alltag vieler Eschweilerinnen und Eschweiler.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme begann jedoch auch vor Ort die systematische Ausgrenzung: Schaufenster wurden eingeschlagen, SA-Leute postierten sich vor Geschäften, Käuferinnen und Käufer wurden eingeschüchtert und öffentlich diffamiert. Viele Familien versuchten zu fliehen oder hofften, in ihrer Heimatstadt Schutz zu finden. Doch auch in Eschweiler mündete Entrechtung schließlich in Deportation: Die letzten verbliebenen jüdischen Einwohner wurden in das Sammellager am Friedhof Pumpe-Stich gezwungen und am 25. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert – niemand kehrte zurück.

Der Antrag macht deutlich, dass diese Verbrechen Teil der Stadtgeschichte sind und dass aus dem Wissen um dieses konkrete Geschehen die Verpflichtung erwächst, jeder Form von Antisemitismus heute entschieden entgegenzutreten und jüdisches Leben in Eschweiler sichtbar zu schützen. Der Rat der Stadt Eschweiler bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung, zur uneingeschränkten Achtung der Menschenwürde sowie zu einer demokratischen, vielfältigen und solidarischen Stadtgesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Schlechter
CDU-Fraktionsvorsitzender



Aaron Möller
SPD-Fraktionsvorsitzender